

Umkämpfte Teilhabe trotz Exklusion: Protest von prekären Migrant*innen und solidarische Initiativen

Atac, Ilker

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Atac, I. (2020). Umkämpfte Teilhabe trotz Exklusion: Protest von prekären Migrant*innen und solidarische Initiativen. *Widersprüche : Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich*, 40(156), 57-68. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-91823-7>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Ilker Ataç

Umkämpfte Teilhabe trotz Exklusion Protest von prekären Migrant*innen und solidarische Initiativen

Seit Anfang der 2000er Jahre erleben wir einen Anstieg der politischen Mobilisierung und Aktivitäten von undokumentierten Migrant*innen, Geflüchteten und Asylwerber*innen sowie Aktivist*innen, die sich mit diesen Gruppen solidarisieren, sowohl in der EU und an ihren Außengrenzen als auch in anderen Teilen der Welt. Diese Bewegungen sind im Kontext der Verschärfung und Militarisierung der Asyl- und Grenzpolitiken zu verstehen. Die Protestbewegungen nehmen unterschiedliche Formen des kollektiven Handelns an, wie Hungerstreiks, Protestcamps, Protestmärsche oder Besetzungen von öffentlichen Einrichtungen und Kirchen, was ihnen dazu verhalf, in der Öffentlichkeit vermehrt sichtbar und zum Gegenstand öffentlicher Debatten zu werden. Gleichzeitig gibt es eine Vielzahl an Aktivitäten der Solidaritätsbewegungen, die einen radikalen Anspruch der gesellschaftlichen Teilhabe realisieren möchten.

In diesem Beitrag diskutiere ich den Aspekt der sozialen und politischen Teilhabe im Kontext zivilgesellschaftlichen Handelns oder genauer, in der Schnittmenge der sozialen Bewegungen *von* und engagierten Unterstützungsinitiativen *für* prekäre Migrant*innen und Geflüchtete. Hinger und Kirchhoff (2019) definieren die Proteste gegen die Abschiebung als permanentes Ringen um Rechte: das Recht zu bleiben, Recht auf gesellschaftliche Teilhabe und das Recht auf Selbstbestimmung. Dieses Handeln ist in einem komplexen Feld verortet, in dem unterschiedliche Akteur*innen (soziale Bewegungen, NGOs und migrantische Communities) wirken. Dieses Feld ist einerseits geprägt durch den Aktivismus von Migrant*innen mit prekärem Status – ob Undokumentierte, abgelehnte Asylwerber*innen oder solche mit limitierten sozialen und politischen Rechten, die Rechte für sich selbst fordern, sich als politische Akteur*innen positionieren und eigene Forderungen formulieren und erkämpfen. Dieser selbstorganisierte Aktivismus von Migrant*innen findet oft in Allianzen mit Unterstützer*innen

statt. Andererseits spielen auch solidarische Organisationen eine Rolle, die sich für die Rechte und Erweiterung der Teilhabemöglichkeiten von Geflüchteten einsetzen und gegen gesellschaftliche Mechanismen, die Ungleichheit produzieren, Stellung nehmen und diesbezüglich für politische Veränderung kämpfen. Historisch gesehen spielten die Kämpfe der sozialen Bewegungen um die Anerkennung und Durchsetzung von Teilhabe in diversen Lebensbereichen eine wichtige Rolle (Steinhilper et al. 2019). Im Kontext der Migrationsgesellschaften, der Politisierung des Themas Migration und der restriktiven Grenzpolitiken werden Teilhabekonflikte verstärkt über neue Formen des Zusammenkommens und Protests ausgetragen. Ich diskutiere im Folgenden Wege für die Teilhabe von Migrant*innen, die Bedingungen einer solchen Teilhabe und die Frage, wie durch die sozialen Bewegungen und Initiativen Teilhabe ermöglicht wird. Im Vordergrund steht dabei, raumbezogene Strategien und ihre Implikationen für die Teilhabe zu reflektieren.

Theoretische Überlegungen

Kritische Citizenship-Literatur stellt fest, dass restriktive Migrationspolitiken zu neuen Formen der Ungleichheit und Ausgrenzung führen, was wiederum zum Widerstand gegenüber diesen Kontrollen und in der Folge zum politischen Aktivismus der Betroffenen beiträgt (Nyers/Rygiel 2012). Ausgehend von der Annahme, dass Bürgerschaft (citizenship) mehr als ein rechtlicher Status ist, fokussiert diese Forschung auf Momente des politischen Engagements derjenigen, die keinen formellen Staatsbürgerschaftsstatus haben. Diese Studien zur Bürgerschaft (McNevin 2006; Rygiel 2011) sehen migrantische Proteste als Handlungen gegen die ausschließenden Technologien der Staatsbürgerschaftsregimes (Tyler/Marciniak 2013: 146). Sie untersuchen Strategien, Praktiken und Kämpfe entsprechender Personengruppen, um Ansprüche auf Teilhabe in der Gesellschaft zu realisieren, selbst wenn, oder genau weil, sie nicht über einen formellen Bürgerschaftsstatus und dadurch begründete soziale und politische Rechte verfügen (Nyers/Rygiel 2012: 2). Aus dieser Perspektive werden die kollektiven Handlungen von Migrant*innen mit prekärem Status durch die Linse der Bürgerschaft gelesen – der Fokus liegt auf der Herstellung und Konstruktion politischer Subjektivitäten, der Herstellung des Zugangs zu Rechten, der demokratischen Inklusion und schließlich der Neudefinition von Konzepten der Bürgerschaft selbst (Ataç et al. 2016).

Insbesondere die performative Dimension kollektiver Handlungen von undokumentierten Migrant*innen lässt sie aus einer Citizenship-Perspektive als Akte

der Emanzipation erkennbar werden (Isin/Nielsen 2008). Gerade das Fehlen eines rechtlichen Status bzw. politischer Mitgliedschaft von Nicht-Staatsbürger*innen verleiht deren Aktivität, sich als politische Wesen zu betätigen und Forderungen zu stellen, besondere Macht. Engin Isin (2009), der den Begriff der „aktivistischen Staatsbürgerschaft“ geprägt hat, bezieht sich über den Begriff „Akt“ auf die disruptiven und performativen Dimensionen kollektiven Handelns. Damit setzen die Teilhabe-Einfordernden eine Form der Bürgerschaft „von unten“ um und produzieren diese durch ihre Handlungen, indem sie Machtverhältnisse in Frage stellen, herausfordern, umdefinieren und neue Gelegenheitsstrukturen für sich schaffen. Wagner (2016) hebt bei diesen Akten insbesondere den Aspekt der Erschließung vorenthaltener Ressourcen hervor (ebd. 72).

Wie della Porta (2008) hervorhebt, verleihen Proteste sowohl den Protestierenden als auch den Bewegungen eine transformative Kraft. Sie betont in den Protesten das ereignisreiche Moment und beschreibt ihre kognitiven, affektiven und relationalen Effekte auf die Teilnehmer*innen, die sie durchführen: Durch Protestveranstaltungen werden neue Taktiken erprobt, kollektives Handeln und die Formation breiter Allianzen ermöglicht, organisatorische Netzwerke gefestigt und sie kreieren ein öffentliches Forum für Affekte wie Empörung (ebd.). Insbesondere werden durch den Protest als Schauplatz von Debatten *kognitive Mechanismen* beschleunigt, indem die Bedingungen für die Änderung der Perspektive der Beteiligten geschaffen und eine kritische Auseinandersetzung mit dem „herrschenden System“ ermöglicht werden. Zudem stärkt der Protest *relationale Mechanismen*, das heißt er stellt Netzwerke und persönliche Verbindungen zwischen den Teilnehmer*innen her, die die Breite der Solidaritäten erweitern, und bringt schließlich ein Protestnetzwerk hervor. Darüber hinaus erzeugen Debatten bzw. Konflikte *Affekte* unter den Teilnehmer*innen und setzen Mechanismen in Gang, die erneut zur Entwicklung von Solidaritätsgefühlen beitragen (ebd.; Monforte/Dufour 2013).

In diesen spezifischen Debatten um Bürgerschaft und Teilhabe richtet sich ein Schwerpunkt auf die Bedeutung der Orte und Räume. In der *contentious politics* Literatur wird die Bedeutung der Politik des Ortes für kollektives Handeln hervorgehoben (Leitner et al. 2008). Durch den Einsatz räumlicher Strategien schaffen sich Protestbewegungen eigene politische und soziale Räume. Diese Räume wiederum prägen die weitere Entwicklung von Protestbewegungen, indem sie die sozialen Beziehungen und die Alltagsroutinen, die darin entstehen, regulieren und beeinflussen.

Insbesondere diskutiert dieser Diskursstrang, wie unterschiedliche Orte des Protests die Beziehungen zwischen den Akteur*innen gestalten, d.h. sowohl die

emotionalen und relationalen Bindungen zwischen den Teilnehmer*innen als auch die Solidaritätsbeziehungen zur Zielgruppe des Protests. Die Lage dieser Orte, z.B. im Zentrum oder an der Peripherie von Städten, der Grad der Offenheit des Raumes, der Zugang zu Infrastruktur, die materielle Ausstattung sowie die symbolische Bedeutung der Orte – all diese Faktoren beeinflussen die gemeinsame Erfahrung und die Entwicklung des Protestraums. Die Allianzen und Netzwerke, die sich herausbilden, stellen die ausgrenzende und fragmentierende Politik, die zu den Protestbewegungen geführt hat, in Frage. Insbesondere bei Protesten von Gruppen mit beschränkten Ressourcen für die Mobilisierung, wie z.B. irregulären Migrant*innen, können Allianzen mit mächtigeren Akteur*innen den Zugang zu den für politische Aktionen benötigten Ressourcen erleichtern (Steinhilper/Ataç 2019). Diese Allianzen und Netzwerke können Ressourcen bereitstellen und Emotionen wie Vertrauen fördern, die für kollektives Handeln und Mobilisierung unerlässlich sind. Eine 'Infrastruktur der Solidarität' wird von einer Vielzahl von Akteuren aufgebaut, die verschiedene Formen von (Gegen-)Wissen und unterschiedliche politische, soziale und räumliche Gegebenheiten nutzen. Über den Fokus auf einzelne 'Akte der Solidarität' hinaus kann damit untersucht werden, wie sich die Solidaritätspraktiken in Zeit und Raum sedimentieren und wie breitere Verbindungen und Allianzen zu unterschiedlichen Institutionen der Zivilgesellschaft aufgebaut werden. Obwohl Teile dieser Infrastruktur sichtbar sind (z.B. wenn Praktiken und Räume der Solidarität öffentlich politisiert oder medialisiert werden), bleibt ein bedeutender Teil unbemerkt, da er sich aus eher unsichtbaren Formen von Geselligkeit, gegenseitiger Fürsorge, informellen Wissens und Räumen der Soziabilität zusammensetzt (vgl. ausführlich in Schilliger i.E.).

Protestmärsche

Protestmärsche von irregulären Migrant*innen gelten als ein effektives Mittel, um Ansprüche in einem gesellschaftlichen Raum, der von gesellschaftlichen Asymmetrien und Ungleichheiten geprägt ist, hörbar zu formulieren. Im Jahr 2003 startete in den USA der Immigrant Workers' Freedom Ride. Insgesamt 900 Migrant*innen aus 22 Herkunftsländern waren drei Wochen lang in 18 Bussen durch verschiedene Bundesstaaten unterwegs. Unter dem Slogan „Kein Mensch ist illegal“ fuhren sie von der Westküste nach Washington und New York, um durch Kundgebungen auf die Einschränkung der Rechte von Migrant*innen aufmerksam zu machen und einen Organisationsprozess in Gang zu setzen. Dies fand in Analogie zur antirassistischen US-Bürgerrechtsbewegung Anfang der 1960er Jahre statt. Die Busreise führte in den folgenden Jahren zur Entstehung

der politischen Bewegung für die Rechte von Migrant*innen in den USA (Leitner/Sheppard/Sziarto 2008). Die Protestmärsche waren damit über ihre Sichtbarkeit hinaus wirkungsvoll und dienten einer gesellschaftlichen Mobilisierung.

Auch die *Mega-Marches* 2006 in den USA, in deren Rahmen Millionen v.a. undokumentierter Migrant*innen auf die Straße gingen, um gegen ihre Entrechtung und Ausbeutung zu protestieren, zielten auf öffentliche Sichtbarkeit ab, um gegen die restriktiven Gesetze aufzubegehren. Auch die jüngsten Proteste von Asylwerber*innen und undokumentierten Migrant*innen in Österreich und Deutschland ab 2012 begannen mit Protestmärschen: in Deutschland mit einem 600 Kilometer langen Marsch von Würzburg nach Berlin und in Österreich mit einem Tagesmarsch vom Erstaufnahmezentrum in Traiskirchen nach Wien. Beide Proteste zielten auf die Schaffung besserer Bedingungen in den Aufnahmezentren und forderten u.a. die Beendigung bestehender Abschiebepraktiken sowie die Abschaffung der Residenzpflicht in Deutschland.

Nyers (2008) definiert die Protestmärsche als erste dissonante Sprechakte und „a moment of forward-moving action“. Der Ort des Marsches ist dadurch gekennzeichnet, dass er nicht statisch ist, sondern in Bewegung entsteht. Märsche von undokumentierten Migrant*innen als eine Form des kollektiven Handelns drücken eine Transformation ihrer prekären Präsenz im öffentlichen Raum aus: Im Gegensatz zur institutionellen Definition ihrer Präsenz als rechtliche Abweichung von einer nationalstaatlich definierten Bürgerschaft bringt diese Form des kollektiven Handelns eine Politisierung ihrer Präsenz im öffentlichen Raum mit sich (Monforte/Dufour 2013: 85). Trotz ihrer Situation der rechtlichen Ausgrenzung schaffen es Migrant*innen, durch einen Marsch Ansprüche im öffentlichen Raum zu formulieren (ebd.: 92). Für undokumentierte Migrant*innen ist diese Stimme besonders wichtig, weil die Gesellschaft im Normalfall negativ (kriminalisierend) über sie spricht und sie nicht über die entstprechenden Ressourcen verfügen, um als (politische) Akteur*innen mit Forderungen anerkannt zu werden.

Darüber hinaus bieten Märsche eine Gelegenheit für undokumentierte Migrant*innen, Gestaltungsräume über ihr Leben wiederzuerlangen. Della Porta (2008) zeigt, dass in den Märschen vor allem durch den Austausch von Wissen soziale Bindungen hergestellt werden und durch Interaktionen kognitive Veränderungen erzeugt werden (ebd.:35). Zudem festigen die Märsche Gefühle der Ermächtigung und Solidarität unter undokumentierten Migrant*innen. Und so funktionieren Märsche als „Akte der Emanzipation“: Sie sind bereits Ausdruck und gleichzeitig potentieller Ausgangspunkt eines Prozesses der Emanzipation der Protestierenden von der Staatsmacht (Monforte/Dufour 2013: 85). Nicht zuletzt sind Protestmärsche bedeutend in der Erschaffung einer Atmo-

sphäre der Emanzipation, des Empowerments und der Solidarität unter den Teilnehmer*innen und bieten damit einen Gegenpol zu ausgrenzenden Strukturen und Machtverhältnissen.

Die Märsche sind nicht nur bedeutend für undokumentierte Migrant*innen, sondern auch für ansässige Migrant*innen mit gleichgestellten Bürgerschaftsrechten wie Inländer*innen, die aber aufgrund von Rassismus und Diskriminierung in der gesellschaftlichen Hierarchie untergeordnet bleiben: Ein Beispiel dafür sind Schweigemärsche, die unter dem Motto „Kein 10. Opfer“ im Mai und Juni 2006 von Angehörigen der NSU-Opfer in Kassel und Dortmund organisiert wurden. An diesen Märschen nahmen Angehörige der Opfer und weitere 4.000 Menschen – vor allem aus den migrantischen Communities – teil. Auf beiden Schweigemärschen forderten die Demonstrierenden die Aufklärung der Mordserie, die offiziell erst fünf Jahre später als rassistisch motiviert eingeordnet wurde. Zu diesem Zeitpunkt standen die Angehörigen der Opfer im Mittelpunkt der Ermittlungen. Für Angehörige und Vertreter*innen migrantischer Communities war der neonazistische Hintergrund der Mordserie klar. Deswegen gingen sie auf die Straße. „Ermittelt bei den Rechten“, hatten sie die Ermittlungsbehörden wiederholt aufgefordert. Das milieuspezifische „migrantische“ Wissen konnte aber nicht in die mediale und politische Öffentlichkeit durchdringen, die gegen den Protest und die Forderungen resistent blieb. Die NSU-Mordserie wurde erst nach der Selbstenttarnung des NSU als solche öffentlich diskutiert.

Protestcamps

Eine weitere Protestform, die in den jüngsten sozialen Bewegungen weltweit eine Schlüsselrolle spielte, sind die Protestcamps. Inspiriert von der *occupy*-Bewegung, die sich im Zuge der Finanzkrise 2008 zunächst im nordamerikanischen Raum kritisch gegen die Macht der Banken und transnationalen Unternehmen stellte, entstanden migrantische Protestcamps als eine Aneignungspraxis von Raum in Stadtzentren und öffentlichen Parks. Beide europäische Orte des Protests, Wien und Berlin, waren an eine gute Infrastruktur sowie öffentliche Verkehrsmittel angebunden und symbolisierten den Anspruch auf Zentralität. Die Bedeutung dieses Anspruchs lässt sich am besten anhand der räumlichen Aspekte der Asylpolitik verdeutlichen, die in der Literatur unter dem Begriff der „organisierten Desintegration“ diskutiert werden (Täubig 2009 58): Die Asylpolitik sieht bis zu einer endgültigen Entscheidung eine räumliche Isolation und sozialen Ausschluss für die Realisierung des Ziels der „Nicht-Integration“ vor. Diese Protestform bildet eine räumliche Bewegung von isolierten, staatlichen Asyleinrichtungen in

die Zentren der Stadt und damit des gesellschaftlichen Zusammenlebens (Steinhilper/Ataç 2019).

Feigenbaum et al. (2013: 12) definieren Protestcamps als „eine ortsbezogene Strategie der sozialen Bewegung, die sowohl Akte des anhaltenden Protests als auch Akte der sozialen Reproduktion umfasst, die zur Aufrechterhaltung des täglichen Lebens notwendig sind“ (eigene Übersetzung). Protestcamps intervenieren einerseits als Moment des Bruchs mit der herrschenden Logik, gegen die sich der Protest richtet, indem außergewöhnliche Formen des Protests praktiziert werden. Das Zelten an nicht erlaubten Orten ist Teil einer räumlichen Strategie der Disruption, die ebenso die symbolische Bedeutung des Protestcamps verdeutlicht (Pickerill/Krinsky 2012). Andererseits ist ein Protestcamp ein Ort, der „auf alltäglichen Praktiken der sozialen Reproduktion basiert“ (Halvorsen 2014: 405, eigene Übersetzung), indem Infrastrukturen hergestellt werden, die notwendig sind, um den Raum des Protestlagers zu erhalten und um einen alternativen Lebensraum zu kreieren (Feigenbaum et al. 2013). So erfüllen die Protestcamps eine Doppelfunktion, da sie einen Ort der politischen Autonomie und „einen Ort der sozialen Fürsorge“ eröffnen (Halvorsen 2014: 405). Die Protestcamps ermöglichen insofern eine Erfahrung von Autonomie außerhalb des disziplinierenden Umfelds staatlicher Asyleinrichtungen und öffnen die Vorstellungskraft der prekären Migrant*innen, ihre Handlungsfähigkeit zu erweitern (Steinhilper/Ataç 2019).

Laut Klotz (2016) gehören zu den weiteren Möglichkeitsräumen, die Protestcamps generieren, zum einen die Stärkung der kollektiven Identität der Bewegung und zum anderen die Erweiterung von Aktionsformen sowie die Herstellung von Öffentlichkeit. Protestcamps erzeugen Sichtbarkeit und sind dadurch in der Lage, eine heterogene Gruppe von Sympathisant*innen, Medienberichten und weitere protestierende Migrant*innen anzuziehen: Die zentrale Lage der Protestcamps in Berlin und Wien führte zu einer breiten medialen Öffentlichkeit, die wiederum die Unterstützung der Camps durch Hunderte von Einzelpersonen und Gruppen bedingte, die mit dem Protest in Kontakt kamen und sich ihm anschlossen. Camps schaffen Begegnungsräume – „spaces of encounter“ – und bilden damit die Grundlage für die Entwicklung „starker Bindungen“ zwischen Protestierenden und Unterstützer*innen. Dementsprechend bildeten die Protestcamps in ihrer Anfangsphase die Grundlage für soziale Begegnungen und dienten als Katalysator für die Bildung von diversen Bündnissen (Steinhilper/Ataç 2019). In Berlin und Wien waren die Protestcamps wichtig für die Transformation der Bewegung von ressourcenschwachen und verstreuten Gemeinschaften hin zu einer aufstrebenden Bewegung mit starken Ressourcen und Mitteln zur Organisation und Aufrechterhaltung von Protesten.

Zudem schaffen Protestcamps einen politischen Raum, in dem Migrant*innen und Unterstützer*innen Zugang zu Infrastrukturen erhalten, die für eine breite Diskussion über Aktionen und Formen der Beteiligung notwendig sind. Durch Arbeitsgruppen, Plenas und diverse Aktionen gelang es den Akteur*innen, das Grenzregime, die Auswirkungen der Asyl- und Grenzpolitik, die Mobilität und deren Kontrolle sowie Ein- und Ausschlüsse zu thematisieren. Die Protestorte wurden somit zu einer Werkstatt für ein gemeinsames Leben von marginalisierten Akteur*innen.

Solidarische Initiativen, die Begegnungsräume schaffen

Weitere Momente der Teilhabe von prekären Personen entstehen durch Initiativen, die innovative Strukturen schaffen, welche die Bereitstellung von Leistungen für Geflüchtete mit der Artikulation von radikalen politischen Forderungen nach Veränderung verbinden. Die Felder, in denen diese Initiativen tätig sind, unterscheiden sich in Bezug auf Inhalt und Umfang ihrer Aktivitäten: Bildungsangebote für Geflüchtete, Unterstützung für den Zugang zum Arbeitsmarkt und gesundheitlichen Leistungen, Angebote für Freizeitaktivitäten und soziale Treffpunkte für junge Geflüchtete bis hin zu Beratungsangeboten für LGBTQI-Personen. Diese Projekte entstehen als Reaktion auf die Unzulänglichkeit bestehender Angebote (Castañeda 2013; De Jong/Ataç 2017; Schilliger 2018). Für die Gründer*innen dieser Organisationen stifteten ihre Erfahrungen in etablierten NGOs und sozialen Bewegungen eine wichtige Grundlage, weil sie sich dadurch mit den Realitäten des Asylsystems auseinandersetzen konnten. Sie haben dadurch Lücken im bestehenden Angebot der Leistungen identifiziert, die sie zur Formulierung einer politischen Kritik und den Aufbau neuer Formen der Organisation inspirierten.

Solche Initiativen befinden sich in der Schnittmenge von sozialen Bewegungen, die sich für Verbesserungen der politischen Rahmenbedingungen einsetzen und etablierten NGOs, die soziale Leistungen bereitstellen (Castañeda 2013; De Jong/Ataç 2017). Anders ausgedrückt: sie befinden sich im Dazwischen jener zivilgesellschaftlichen Organisationen, die entweder einem „kritischen“ oder einem „problemlösungsorientierten“ Prinzip folgen (Ataç 2015). „Problemlösungsorientierte“ Organisationen gelten als solche, die Dienstleistungen für Migrant*innen und Geflüchtete bereitstellen, wie z.B. Beratungsangebote oder Unterbringungsmöglichkeiten. Diese sind in der Regel Auftragnehmer und werden über öffentliche Gelder finanziert. Zum Teil können diese Organisationen auch als humanitäre Organisationen beschrieben werden. Sie verfügen über professionelle Verwaltungs- und Organisationsstrukturen und haben gleichzeitig eine beschränkte

finanzielle Autonomie. Sie folgen einem pragmatischen Zugang, übernehmen vordefinierte Aufgaben und der Spielraum für politischen Aktivismus ist bei diesen Organisationen relativ eingeschränkt (Bloch/Schuster 2002). Zivilgesellschaftliche Organisationen, die einem „kritischen“ Ansatz zugeordnet werden, sind soziale Bewegungen, selbstorganisierte Gruppen und Solidaritätsgruppen, die sich für die Rechte von Migrant*innen einsetzen, sich gegen Abschiebungen stellen sowie politischen und gesellschaftlichen Druck auf die Regierungen ausüben (Vickers 2014). Die Aktivitäten dieser Organisationen beinhalten ein emanzipatorisches Moment. Sie gelten unter anderem als „watch dog“, weil sie eine konstitutive Funktion für die Realisierung demokratischer Rechte einnehmen, indem sie Kritik üben an der Grenz- und Flüchtlingspolitik und die Einhaltung demokratischer und völkerrechtlicher Regeln fordern (Scherschel 2018). Diese idealtypische Bestimmung als problemlösungsorientiert vs. kritisch lässt sich analog übersetzen in eine Unterscheidung zwischen Top-Down-Initiativen einerseits und Basisinitiativen andererseits.

Spezifisch ist hierbei die Kombination der Unterstützungsangebote für Geflüchtete mit der Suche nach Gelegenheiten, um Formen der gesellschaftlichen Teilhabe für Asylwerber*innen zu ermöglichen. So tragen sie zur Produktion von Begegnungsräumen gegen die Isolation, der insbesondere Asylwerber*innen ausgesetzt sind, bei und ermöglichen die gemeinsame Artikulation von Forderungen nach politischer Veränderung durch Geflüchtete und Unterstützer*innen. Sie schaffen Räume mit dem Anspruch, Geflüchteten möglichst auf Augenhöhe zu begegnen. Dabei bestehen sie auf dem Recht von prekären Migrant*innen, ein Leben über die bloße Existenz hinaus führen zu können. Unter der Annahme, dass die Bedingungen für die Teilhabe im Alltag von Migrant*innen auf lokaler Ebene ausgeprägt sind (Schiller/Çağlar 2016), positionieren sie sich hierdurch, indem sie gegen die bewusste Isolationspolitik neue Kollektivitäten fördern.

Durch einen solchen Begegnungsraum haben Geflüchtete unabhängig von ihrem staatsbürgerschaftlichen Status ein Recht auf soziale Interaktion und Austausch – die angebotenen Leistungen werden nicht in Form einer überlebenssichernden Grundversorgung angeboten. Es geht bei diesen Initiativen auch um den Aufbau unterstützender, sozialer Beziehungen. Die Begegnungsräume schaffen Verbindungen, die Grenzen überschreiten, und ermöglichen auch neue Formen der Identifikation und Zugehörigkeit. Die aufgebauten Solidaritäten transzendieren den nationalstaatlichen Rahmen und ermächtigen ihre Teilnehmer*innen als Gleichberechtigte, um einen gemeinsamen Raum zu kreieren (Schilliger i.E.). Denn für viele Aktivist*innen aus der Mehrheitsgesellschaft bedeutet das Engagement in diesen Initiativen, aus ihrer Komfortzone herauszukommen.

Die Ziele der Initiativen bewegen sich in einem permanenten Spannungsfeld zwischen Idealismus und Pragmatismus: Die Beibehaltung ihrer Autonomie, um politische Kritik üben zu können, steht in Konflikt zu Fragen der Finanzierung und dem Aufbau einer nachhaltigen Infrastruktur. Neben dieser Frage von Autonomie versus Abhängigkeit von Geldgeber*innen erstreckt sich das Spannungsfeld auch auf die Fragen von ehrenamtlichem Aktivismus versus bezahlter Professionalität. Die Wahrung der Autonomie, das Gleichgewicht zwischen Freiwilligenarbeit und Professionalität, der Versuch die Systemkritik mit der Alltagsarbeit der Leistungen in Gleichgewicht zu bringen, ist gleichzeitig eine Herausforderung für die Personen und Organisationen: Risiken wie Burnout, Finanzierungsverluste und gleichzeitig die Vereinnahmung von den Geldgeber*innen, aber auch rasches Wachstum und die Gefahr der „NGOisierung“ stellen für die Organisationen dominante Schwierigkeiten dar (Ataç/De Jong 2019).

Schlussfolgerungen

Die Beispiele in diesem Beitrag sind solche, in denen sich Migrant*innen und Solidaritätsinitiativen in Form des Dissenses einbringen. Als performative Handlungen und Momente des Bruchs fordern sie durch ihre Aktionen die Machtverhältnisse heraus, um neue politische Möglichkeiten der Teilhabe zu eröffnen. Dabei liegt die Bedeutung der Räume des Protests und der Initiativen in ihrer Ermöglichung unterschiedlicher Formen von Teilhabe. Durch den Aktivismus, und indem Rechtsansprüche geltend gemacht werden, die für eine substantielle Bürgerschaft von Migrant*innen mit prekärem Status zentral sind, problematisiert der Aktivismus die Trennung zwischen Staatsbürger*innen und Nicht-Staatsbürger*innen und kann daher die binäre Logik einer konventionellen Vorstellung von Staatsbürgerschaft, die an die Nationalität gebunden ist, transzendieren (Ataç et al. 2016).

Während der prekäre bzw. vulnerable Status von Migrant*innen aus dieser Perspektive kein Hindernis, sondern ein konstitutives Element ihres Aktivismus bildet, steht im Zentrum der Protestereignisse die Idee, die rechtlichen Hierarchisierungen durch diese Praxen zu transformieren und verschieben. Diese Hierarchisierungen werden aber durch die Aktionen nicht unmittelbar außer Kraft gesetzt. Einerseits sind die Protestbewegungen von prekären Gruppen von zunehmender Repression betroffen. Durch restriktive Politiken und Kriminalisierungsversuche, aber auch durch wohlfahrtstaatliche „Umbaumaßnahmen“ werden sie von Entbürgerlichungsprozessen begleitet (Wagner 2016). Auf der anderen Seite sind diese Bewegungen als Folge von asymmetrischen Allianzen mit Repräsentations-

konflikten und Fällen von Paternalismus und Selbstüberschätzung konfrontiert, die aus einer Empowerment-Perspektive Nachteile für die Migrant*innen mit sich bringen. Begegnungen von prekären Nicht-Staatsbürger*innen und relativ privilegierten Bürger*innen führen aber auch zu konfliktreichen Interaktionen, in denen Fragen von Rassismus, Paternalismus und Autonomie einen wichtigen Platz einnehmen. Insofern ist Teilhabe als ein dynamischer und umkämpfter Prozess im Spannungsverhältnis von Entrechtlichung und sozialen Bewegungen, die dagegen kämpfen, zu analysieren.

Literatur

- Ataç, I. 2015: Freiwilligenarbeit als Notnagel oder Neuformierung von Zivilgesellschaft?. In: Kurswechsel: Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen. 2015 (4), 80-84
- Ataç, I.; Rygiel, K.; Stierl, M. 2016: Introduction: The Contentious Politics of Refugee and Migrant Protest and Solidarity Movements: Remaking Citizenship from the Margins. In: Citizenship Studies, 20 (5), 527-544
- Ataç, I.; de Jong, S. 2019: Begegnungsräume als Orte der Politik: Unterstützungsinitiativen für Geflüchtete in Wien in: Scherschel, K.; Binner, K. (Hg.): Fluchtmigration und Gesellschaft: Von Nutzenkalkülen, Solidarität und Exklusion. Weinheim, 15-31.
- Bloch, A.; Schuster, L. 2002: Asylum and welfare: contemporary debates. In: Critical Social Policy, 22 (3), 393-414
- Castañeda, H. 2013: Medical aid as protest: Acts of citizenship for unauthorized im/migrants and refugees. In: Citizenship Studies 17 (2), 227-240
- De Jong, S.; Ataç, I. 2017: Demand and Deliver: Refugee Support Organisations in Austria. In: Social Inclusion, 5 (3), 28-37
- Della Porta, D. 2008: Eventful Protest, Global Conflicts, Distinktion. In: Journal of Social Theory, 9 (2), 27-56
- Feigenbaum A.; Frenzel F.; McCurdy P. 2013: Protest Camps. London.
- Halvorsen, S. (2014): Taking Space: Moments of Rupture and Everyday Life in Occupy London. Antipode 47 (2)
- Hinger, S.; Kirchhoff, M. 2019: Andauerndes Ringen um Teilhabe. Dynamiken kollektiver Proteste gegen Abschiebung in Osnabrück (2014–2017). In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, 32 (3)
- Inis, E. 2009: Citizenship in Flux: The Figure of the Activist Citizen. In: Subjectivity 29 (1), 367-388
- Inis, E.; Nielsen, G. M. 2008: Acts of Citizenship. London: Zed Books.
- Klotz, S. 2016: Selbstorganisation von Asylsuchenden – Teilhabeforderungen durch Zuwanderung. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen 29 (2), 61-69
- Leitner, H.; Sheppard, E.; Sziarto, K. M. 2008: The Spatialities of Contentious Politics. In: Transactions of the Institute of British Geographers 33 (2), 157-172

- McNevin, A. 2006: Political Belonging in a Neoliberal Era: The Struggle of the Sans-papiers. In: *Citizenship Studies* 10 (2), 135–151
- Monforte, P.; Dufour, P. 2013: Comparing the Protests of Undocumented Migrants beyond Contexts: Collective Actions as Acts of Emancipation. In: *European Political Science Review* 5 (1), 83–104
- Nyers, P. 2008: No One is Illegal. Between City and Nation. In: Isin, E.; Nielsen G. (Hg.): *Acts of Citizenship*. London, 160–18.
- Nyers, P.; Rygiel, K. 2012: *Citizenship, Migrant Activism, and the Politics of Movement*. London
- Pickerill J.; Krinsky, J. 2012: Why Does Occupy Matter? *Social Movement Studies* 11 (3–4), 279–287
- Rygiel, K. 2011: Bordering Solidarities: Migrant Activism and the Politics of Movement and Camps at Calais. In: *Citizenship Studies* 15 (1), 1–19
- Scherschel, K. 2018: An den Rändern der Demokratie – Citizenship und Flucht. In: *Berliner Journal für Soziologie*. (1-27). DOI 10.1007/s11609-018-0366-6
- Glick Schiller, N.; Çağlar, A. 2016: Displacement, emplacement and migrant newcomers: rethinking urban sociabilities within multiscalar power. In: *Identities: Global Studies in Culture and Power*, 23 (1), 17–34
- Schilliger, S. 2018: Urban Citizenship: Teilhabe für alle – da wo wir leben. In: Aigner, H.; Kumnig, S. (Hg.): *STADT FÜR ALLE! Analysen und Aneignungen*. Wien, 14-35 – (i.E.): Challenging Who Counts as a Citizen. The Infrastructure of Solidarity Challenging Racial Profiling in Switzerland. In: *Citizenship Studies*
- Steinhilper, E.; Ataç, I. 2019: Contentious Subjects: Spatial and Relational Perspectives on Refugee Mobilizations in Europe in: Mitchell, K.; Jones, R.; Fluri, J. (Hg.) *Handbook on Critical Geographies of Migration*, London, 345-357
- Steinhilper, E.; Zajak, S.; Roose, J. 2019: Umkämpfte Teilhabe. Pluralität, Konflikt und Soziale Bewegung. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 32 (3), 331–336
- Täubig, V. 2009: *Totale Institution Asyl. Empirische Befunde zu alltäglichen Lebensführungen in der organisierten Desintegration*, Winheim
- Tyler, I.; Marciniak, K. 2013: Immigrant Protest: an Introduction. *Citizenship Studies* 17 (2), 143–156
- Vickers, T. 2014: Developing an independent anti-racist model for asylum rights organizing in England. In: *Ethnic and Racial Studies* 37 (8), 1427-1447
- Wagner, T. 2016: Bildung von Acts of Citizenship. Theoretische Überlegungen zu einer politischen Pädagogik des Sozialen. In: *Widersprüche* 36 (142), 61-78

*Ilker Ataç, FB Sozialwesen, Hochschule RheinMain,
Kurt-Schumacher-Ring 18, 65197 Wiesbaden
E-Mail: Ilker.Ataç@hs-rm.de*